

Personenfreizügigkeit anpassen

Von September 2009 bis September 2010 sind netto 76'000 Personen in die Schweiz eingewandert. In der gleichen Vorjahresperiode waren es 68'000. Verantwortlich für diese Ausländerzahlen ist in erster Linie die Personenfreizügigkeit mit der EU. Ob Sie nun das Wort Masseneinwanderung mögen oder nicht: wir dürfen die Augen vor den damit zusammenhängenden Problemen nicht weiter verschliessen. Die längerfristigen Folgen dieser anhaltenden Entwicklung auf die Nutzung der Infrastrukturen, den Wohnraum, den Energiebedarf, die Sozialwerke und den Arbeitsmarkt sind gewaltig. Die Schweiz hat ihren ausländerpolitischen Handlungsspielraum mit der Personenfreizügigkeit und den offenen Grenzen durch Schengen aus der Hand gegeben hat. Massnahmen, die sich einseitig auf die sogenannten Drittstaaten konzentrieren, lösen die Problematik nie. Die Zuwanderung aus der EU ist für die Schweiz unsteuerbar geworden. Wer nicht einmal mit der EU über eine Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens verhandelt kapituliert. Ich will als Bürgerin dieses Landes einen Bundesrat, der nicht von einem Schüttelfrost befallen wird, wenn es gilt, in Brüssel zu verhandeln. Ich will, dass wir wieder in fairer Art darüber bestimmen können, wer aus welchen Gründen für wie lange aus der EU in die Schweiz einwandert, sei dies als Arbeitnehmer, als Grenzgänger, als Scheinselbständiger oder über den grosszügigen Familiennachwuchs.

Beatrix Jud, SVP Opfikon